

Deutsche Islam Konferenz

Zwischenbericht über die Arbeit der Arbeitsgruppe „Präventionsarbeit mit Jugendlichen“

Vorlage für die Plenarsitzung der DIK

19. April 2012

Berlin

1. Vorbemerkung

Die Prävention von Extremismus, Radikalisierung und gesellschaftlicher Polarisierung ist ein Themenschwerpunkt der Deutschen Islam Konferenz (DIK). Die hierfür eingerichtete und seit September 2010 tagende DIK-Arbeitsgruppe „Präventionsarbeit mit Jugendlichen“ (AG P) verfolgt einen phänomenübergreifenden Ansatz und beschäftigt sich mit Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen und Islamismus im Sinne eines religiös begründeten Extremismus unter Muslimen. Ziel der Arbeitsgruppe ist, bis 2013 nicht nur praxisnahe Empfehlungen zu erarbeiten, sondern auch präventive Maßnahmen insbesondere für die Jugendarbeit zu initiieren und begleiten. Der Themenschwerpunkt Prävention soll im Fokus der DIK-Plenarsitzung 2013 stehen.

Der anschließende Bericht baut auf dem Zwischenbericht der Arbeitsgruppe anlässlich der DIK-Plenarsitzung am 29. März 2011 (Berichte siehe www.deutsche-islam-konferenz.de) auf. Die Arbeitsgruppe hat in ihren Sitzungen zwischen den DIK-Plenarsitzungen 2011 und 2012 die zweite Phase ihres dreistufigen Arbeitsprogramms abgeschlossen. In dieser Phase beschäftigte sich die Arbeitsgruppe mit Ansätzen der Präventionsarbeit. Sie erarbeitete sich zudem einen Überblick über bestehende Maßnahmen.

Die folgenden Ausführungen erheben nicht den Anspruch, allgemeingültige Beschreibungen oder abschließende Definitionen zu sein. Sie fassen vielmehr die aus Sicht der Arbeitsgruppe wichtigsten Ergebnisse der vergangenen Sitzungen zusammen und bilden somit die Grundlage für die weitere Tätigkeit der Arbeitsgruppe:

2. Begriff und Ansätze der Präventionsarbeit

Der Begriff Prävention ist vielschichtig. Von Prävention ist im allgemeinen Sprachgebrauch immer dann die Rede, wenn sich Maßnahmen auf eine Personengruppe, z.B. eine bestimmte Gruppe von Jugendlichen, konzentrieren, bei der bereits ein *tatsächliches* Risiko für ein abweichendes Verhalten zu erkennen ist (sekundäre bzw. selektive Prävention). Hinzu kommen Maßnahmen, die sich an bereits radikalisierte Einzelpersonen mit dem Ziel der Deradikalisierung richten (indizierte bzw. tertiäre Prävention).

Demgegenüber steht die breite Masse an Maßnahmen der sogenannten „universellen“ bzw. „primären“ Prävention, die sich auf ein *angenommenes* oder *wahrscheinli-*

ches Risiko beziehen. Viele Maßnahmen in diesem Bereich haben daher einen universell fördernden Charakter und kommen z.B. allen Jugendlichen, und nicht nur einer bestimmten Gruppe, zugute. Sie stärken unmittelbar Kompetenzen und fördern u.a. die Fähigkeit, Konflikte und komplexe Probleme rational und emotional zu bewältigen. Bei der Entwicklung von Maßnahmen ist zum einen darauf zu achten, dass sie insbesondere auf die Reduktion von Risikofaktoren bzw. die Stärkung von Schutzfaktoren abzielen, und zum anderen, dass sie grundsätzlich hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfbar sind.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die Verwendung des Begriffes Prävention, da er immer auf ein tatsächliches oder angenommenes Risiko hinweist, zu ablehnenden Reaktionen bei potentiellen Maßnahmenträgern und Zielgruppen führen kann. Insbesondere bei universell-präventiven Maßnahmen zur Verhinderung religiös begründeten Extremismus unter muslimischen Jugendlichen kann so der Eindruck entstehen, dass allein die Zugehörigkeit zum Islam ein Risiko begründe.

➤ Vor diesem Hintergrund kommt die Arbeitsgruppe zu folgenden Schlussfolgerungen:

1. Insbesondere im universell-präventiven Bereich ist die Verwendung von Begriffen wie „Förderung“ oder „Stärkung“ häufig angemessener als die Verwendung des Begriffes „Prävention“, da die erstgenannten Begriffe Zielgruppen nicht als Risikogruppen kennzeichnen und die konkrete Zielsetzung von Maßnahmen häufig klarer beschreiben. Zur höheren Motivation von potentiellen Trägern und Zielgruppen, an Projekten mitzuwirken, empfiehlt es sich auch allgemein, positiv besetzte Begriffe in der Formulierung von Zielen zu verwenden.
2. Die Arbeitsgruppe wird den eigenen Tätigkeitsschwerpunkt aufgrund ihrer breiten Zusammensetzung (siehe www.deutsche-islam-konferenz.de) insbesondere auf Maßnahmen mit universell-förderndem Charakter – was auch die Förderung der Teilhabe einschließt – und der Bildung/Aufklärung legen, mit dem Ziel der nachhaltigen Verhinderung der drei von ihr behandelten Phänomene.

3. Bestandsaufnahme von Maßnahmen

Im Zeitraum zwischen den DIK-Plenarsitzungen 2011 und 2012 erörterte die Arbeitsgruppe verschiedene Ansätze der Präventionsarbeit mit Jugendlichen anhand

exemplarischer Darstellungen von Maßnahmen und Programmen auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen. Zudem stellten die in der Arbeitsgruppe mitwirkenden Verbände sowie ausgewählte zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Aktivitäten vor, einschließlich der Aktivitäten der Moscheegemeinden der islamischen Dachverbände DITIB, VIKZ, IGBD und ZMaD. In diesem Zusammenhang wurde auch die Arbeit der im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angesiedelten „Clearingstelle Präventionskooperation“ erörtert, die als Initiative des ehemaligen Gesprächskreises Sicherheit der DIK bereits in der vergangenen Legislaturperiode eingerichtet wurde, um die Kooperation von Sicherheitsbehörden und muslimischen Organisationen zu fördern. Im Zeitraum Juli bis September 2011 erfolgte zusätzlich eine Abfrage zu Projekten und Maßnahmen der Präventionsarbeit mit Blick auf die von der Arbeitsgruppe behandelten Phänomene.

Einen vollständigen Überblick über bestehende Programme und Maßnahmen der Präventionsarbeit mit Jugendlichen in den Bereichen Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus und islamistischem Extremismus zu erlangen, ist – wenn überhaupt möglich – mit großem Aufwand verbunden. Unabhängig davon wird eine Bestandsaufnahme vor allem aufgrund der zum Teil sehr unterschiedlichen Verwendung des Begriffes Prävention mit Blick auf die Jugendarbeit immer lückenhaft bleiben.

- Die Arbeitsgruppe hat sich in der ihr zur Verfügung stehenden Zeit und mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einen bestmöglichen Überblick verschafft. Auf der Grundlage dieser Informationen wird **mit Blick auf universell-präventive Maßnahmen insbesondere im Jugendbereich folgende zentrale Punkte festgehalten:**

1. Zahlreiche Akteure und Förderstrukturen haben entsprechend der föderalen Struktur in Deutschland eine heterogene Projektlandschaft entstehen lassen. Dies hat den Vorteil, dass auf aktuelle, unterschiedliche regionale und lokale oder zielgruppenspezifische Bedürfnisse passgenau und kurzfristig reagiert werden kann. Zudem bieten Projekte die Möglichkeit, neue Methoden zu erproben. Das Nebeneinander von zahlreichen Maßnahmen kann aber auch Nachteile bergen. In Bezug auf die **Nachhaltigkeit** und hinsichtlich potentieller Synergien ist es u.a. problematisch, wenn nicht in ausreichendem Maße ein überregionaler Austausch über die in den Pro-

jekten erzielten Erkenntnisse und erarbeiteten Ergebnisse (Broschüren, Handreichungen etc.) erfolgt.

Davon bleibt unbeschadet, dass langfristig nachhaltige Wirkungen sich vor allem über die interkulturelle Öffnung der schulischen und außerschulischen Arbeit erzielen lassen.

2. Träger der Jugendarbeit und politischen Bildungsarbeit für Jugendliche sind häufig mit der Frage der **Erreichbarkeit von Jugendlichen** allgemein und von muslimischen Jugendlichen im Speziellen konfrontiert. In den der Arbeitsgruppe bekannten Projekten dominieren in diesem Zusammenhang die direkte Ansprache von Jugendlichen und ihren Eltern oder die Ansprache von weiteren sozialisationsrelevanten Multiplikatoren einerseits im schulischen Bereich (z.B. Pädagogen oder Vertreter der Schulverwaltung und -aufsicht) und andererseits im außerschulischen Bereich (z.B. Sozialarbeiter). Hingegen wird bisher nur selten mit dem Ansatz gearbeitet, Vertreter von sogenannten „Peergroups“¹ einzubeziehen. Diese Methode gilt jedoch in der Praxis als vielversprechend, Jugendliche wirksam zu erreichen. Auch ist die zielgruppengerechte Nutzung des Internets einschließlich der sozialen Netze sowie des Fernsehens als Mittel der Projektarbeit, Jugendliche wirksam zu erreichen, bisher noch gering ausgeprägt.
3. **(Jugend-) Organisationen von Muslimen** sind bisher nur in wenigen Fällen anerkannte freie Träger der Jugend- oder politischen Bildungsarbeit. Sie sind ebenfalls nur in wenigen Fällen in bestehende übergeordnete Strukturen der Jugend- und politischen Bildungsarbeit integriert, wie beispielsweise der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland (BDAJ) im Deutschen Bundesjugendring. So sind die Voraussetzungen für eine Förderung der Jugendarbeit z.B. auf Bundesebene vorrangig auf die historisch gewachsene Situation von klassischen Jugendverbänden ausgerichtet. Zugleich fehlt es muslimischen (Jugend-) Organisationen in Deutschland, wie vielen Migrantorganisationen auch, häufig an einer ausreichenden Qualifizierung ihrer Mitarbeitenden. Sie sind darüber hinaus bisher nur wenig vernetzt, um bereits bestehende Angebote der politischen Bildungsarbeit zu nutzen. Die in der Arbeitsgruppe mitwirkenden

¹ Als Peergroup gelten Gruppen mit Mitgliedern ähnlichen Alters, meist auch ähnlicher sozialer Herkunft und oftmals gleichen Geschlechts. Peergroups übernehmen bei Kindern und Jugendlichen wichtige Sozialisationsfunktionen z.B. bei der Emanzipation vom Elternhaus.

Verbände AABF, DITIB, TGD und VIKZ haben ihre Aktivitäten im Bereich der universell-präventiven bzw. fördernden Jugendarbeit und der organisatorischen Qualifizierung – auch mithilfe projektbezogener Förderung durch den Bund – bereits ausweiten können.

4. **Muslimfeindlichkeit** beginnt erst Thema einer spezifischen themenfeldbezogenen Präventionsarbeit zu werden. Das betrifft auch die Prävention von Muslimfeindlichkeit im Sinne einer Förderung positiver Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft gegenüber kultureller und religiöser Vielfalt und zwar spezifisch in Bezug auf Muslime. Auch mit Blick auf Maßnahmen gegen Rechtsextremismus wird erst vereinzelt begonnen, sich mit „Anti-Islamisierungskampagnen“ rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen auseinanderzusetzen. Muslimische Organisationen erreichen nach eigener Auskunft mit bestehenden eigenen Maßnahmen z.B. der Aufklärung oder der Sensibilisierung nicht in ausreichendem Maße die allgemeine Öffentlichkeit bzw. relevante Multiplikatoren. Ergänzend ist festzustellen, dass jenseits der hier angesprochenen themenfeldbezogenen spezifischen Präventionsarbeit die bestehende antirassistische, interkulturelle, interreligiöse sowie Vielfalt fördernde (Projekt-) Arbeit den Bereich Muslimfeindlichkeit oftmals mit umfasst.
5. **Antisemitismus** in der Migrationsgesellschaft bzw. unter Muslimen mit Migrationshintergrund ist seit einigen wenigen Jahren zu einem Thema der zielgruppenspezifischen und praktischen Präventionsarbeit auf Projektebene geworden. Vor allem einige spezialisierte zivilgesellschaftliche Organisationen der politischen Bildung haben in diesem Bereich Erfahrung gesammelt. Im Zuge dieser Projekte entstandene Materialien scheinen jedoch bisher nur in geringem Umfang bundesweit im schulischen und außerschulischen Rahmen genutzt zu werden. Der im November 2011 erschienene Bericht „Antisemitismus in Deutschland“ des „Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“ konstatiert zudem, dass bis heute für Deutschland belastbare wissenschaftliche Befunde über die tatsächliche Verbreitung antisemitischer Stereotype unter Muslimen fehlten.
6. **Islamismus im Sinne eines religiös begründeten Extremismus unter Muslimen** ist vor allem ab 2001 zu einem Thema der praktischen Präventionsarbeit geworden und macht einen Großteil der

präventiven Maßnahmen mit Islambezug aus. Hierbei sind im universell-präventiven Bereich insbesondere Maßnahmen der Sensibilisierung, der Früherkennung und der Toleranzerziehung sowie Kooperationen zwischen Muslimen und Sicherheitsbehörden zu nennen. Hingegen sind Maßnahmen der öffentlichen, argumentativen Auseinandersetzung mit religiös begründeten extremistischen Positionen unter Muslimen sowie salafistischen Positionen vergleichsweise selten. Muslimische Organisationen, die in diesem Zusammenhang einen besonders wertvollen Beitrag leisten können, treten hierbei hinsichtlich Maßnahmen, die über den Kreis der eigenen Gemeinde hinausreichen und sich an Muslime und muslimische Jugendliche allgemein richten, bisher nur vereinzelt als Akteure auf.

- Vor diesem Hintergrund kommt die Arbeitsgruppe zu folgenden Schlussfolgerungen für ihre eigene künftige Arbeit:
 7. Die Arbeitsgruppe wird sich in ihrer künftigen Arbeit weiterhin themenfeldbezogen mit den Phänomenen Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus sowie Islamismus/religiös begründetem Extremismus unter Muslimen beschäftigen. Dabei wird sich die Arbeitsgruppe – auch angesichts anderer bestehender Initiativen zu den beiden letztgenannten Phänomenbereichen außerhalb der DIK – insbesondere mit Muslimfeindlichkeit befassen.
 8. Bis zur Plenarsitzung 2013 wird die Arbeitsgruppe Prävention praktische Maßnahmen für die drei genannten Phänomenbereiche initiieren unter Berücksichtigung des oben genannten Schwerpunkts. Sie sollen einen Mehrwert zu bestehenden Projekten darstellen und den bundesweiten Charakter der DIK widerspiegeln. Die genannten Erkenntnisse aus der Bestandsaufnahme werden in die Konzeption dieser Maßnahmen einfließen.